

Legitimations- probleme einer klimaschädlichen Republik

Von

Oliver Weber

Keynote

Innocracy23 – Demokratiep politik in
der Klimakrise, 17. November 2023

DAS

PROGRESSIVE

ZENTRUM



Legitimationsprobleme einer klimaschädlichen Republik

Für das Verhältnis von Legitimation, Demokratie und globaler Erwärmung stellt sich eine grundlegende Frage: inwieweit lässt die Ignorierung, Verdrängung oder Verzögerung der Bekämpfung des Klimawandels, die wir beobachten können, nicht nur (wie man sicher leicht zugestehen könnte) die Legitimation einzelner Maßnahmen oder bestimmter Regierungen strittig werden, sondern die Legitimität des repräsentativen Regierungssystems insgesamt?

⊕ Diese Frage will ich zwei Schritten diskutieren: Zuerst mit einem normativen Argument, das hoffentlich überzeugend darlegt, dass sich ein demokratisches politisches System nie bloß aus seinen Verfahren legitimieren kann, sondern auch einer substantiellen, inhaltlichen, wenn Sie so wollen: Output-orientierte Rechtfertigung bedarf.

Und, zweitens, mit dem Versuch, einen Blick in die Zukunft zu wagen, das heißt in eine Welt, die deutlich über das 1,5-Grad-Ziel hinausschießt, in der also die Kosten verschleppten Klimaschutzes auf destabilisierende Weise in das politische System zurückkehren.

Klimaschutz als normative Pflicht demokratischer Repräsentation

⊕ Man hat der Klimabewegung oft zum Vorwurf gemacht, dass sie einem ‚Moralismus‘, ‚Sofortismus‘, ‚Absolutismus‘ (und welche Worte man dafür noch gefunden hat) anhängt, der, und das ist das Entscheidende, undemokratisch sei. Das Unbedingte des Klimaschutzes, so der Einwand, verträgt sich nicht mit der Logik einer auf Kompromissen basierenden Demokratie.

Besonders eindrucksvoll eroberte dieser Vorwurf die Öffentlichkeit, als die Letzte Generation Anfang des Jahres die Einrichtung eines sogenannten Gesellschaftsrates vorgeschlagen hat, in dem geloste Bürger gemeinsam Klimaschutzmaßnahmen ausarbeiten sollten. „Wir sehen leider gerade, dass die Regierung darin versagt, die Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, die uns nicht über die zwei Grad hinausführen“, so die Sprecherin Aimée van Baalen damals. Der Rat sollte das Vertrauen wiederherstellen. Die Bundesregierung solle sich freiwillig selbst verpflichten, die Beschlüsse 1:1 umzusetzen.

Eigentlich erstaunt es, wie wenig revolutionär dieser Vorschlag ausgefallen ist: In ihm drückte sich ein ungebrochenes Vertrauen in die Kraft der politischen Öffentlichkeit und die Ehrlichkeit politischer Eliten aus – bei völligem Verzicht auf institutionelle Eingriffe, die wirklich verfassungsrevolutionären Charakter hätten, wie etwa Plebiszite oder imperative Mandate.

Trotzdem kam von beinahe allen Richtungen der Vorwurf des Un- und Antidemokratischen. Niemand dürfe in einer Demokratie erwarten, dass seine Präferenzen immer umgesetzt würden, schon gar nicht, dass sie *ausreichend* umgesetzt würden. Die Demokratie lebt von Mehrheitsfindung, Repräsentationsverfahren, Kompromissen, einer Verminderung der eigenen Ziele. Wer *unbedingt* an seiner Vorstellung von Klimaschutz festhält, so der Tenor, der bewegt sich außerhalb des gemeinsamen demokratischen Rahmens.

Das repräsentative Regierungssystem ist historisch aus der Einsicht entstanden, dass allgemein gewählte, aber in ihrem Mandat freie Abgeordnete die Selbstregierung des Volkes vernünftiger führen, als das eine unmittelbare Herrschaft der Mehrheit könnte.

Doch wie tragfähig ist dieser Vorwurf eigentlich? Kann man die Legitimation durch Verfahren und die Legitimation durch Ergebnisse so kräftig voneinander trennen, dass auch eine weiterhin klimaschädliche Republik ohne Legitimationsverluste ihren gewohnten Gang nehmen kann?

Das repräsentative Regierungssystem ist historisch aus der Einsicht entstanden, dass allgemein gewählte, aber in ihrem Mandat freie Abgeordnete die Selbstregierung des Volkes *vernünftiger* führen, als das eine unmittelbare Herrschaft der Mehrheit könnte; vernünftiger, insofern die Gesetze dann klüger, weitsichtiger, rechtskonform und verfassungsmäßig geschrieben werden. Bestenfalls waltet bei den Abgeordneten, so etwa James Madison in den *Federalist Papers*, genügend „Klugheit, die wahren Interessen des Landes am besten [zu] erkennen“, sodass „sie am wenigsten Gefahr laufen ..., dieses Interesse kurzfristigen oder parteiischen Rücksichten zu opfern“.

Mit der Einsicht, dass der Bundestag und indirekt auch die Bundesregierung die Bürgerschaft nur *repräsentieren*, geht also

historisch gesehen ein doppelter Anspruch einher: Das Volk ist verpflichtet, der direkten Ausübung der Gesetzgebung zu entsagen und stattdessen Personen und Parteien zu wählen, denen es eine vernünftige Selbstherrschaft *vertretungshalber* zutraut. Die Abgeordneten wiederum müssen zeigen, dass sie vorausschauender und gerechter handeln, als das Volk es *in persona* könnte. Nur so erfüllt das im Grundgesetz festgeschriebene freie Mandat seinen eigentlichen Sinn: Abgeordnete sind vom Volk gewählt, handeln zu seinem Wohl, sind aber an seine Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Wie sieht es nun in Sachen Klimawandel aus? Fünf von sechs Parteien im Deutschen Bundestag erkennen prinzipiell die Gefahren der globalen Erwärmung und die Notwendigkeit ihrer drastischen Verminderung an.

+

Könnte die deutsche Bürgerschaft über sich beschließen, ihre ökologischen Lebensgrundlagen und die der gesamten Menschheit weiter zu gefährden?

In Gesetzesform gegossen ist längst, wie viel wie schnell in Sachen Emissionsminderung passieren muss, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Und *trotzdem* ist die Bundesrepublik immer noch auf dem besten Weg, die Klimaziele deutlich zu verfehlen.

+

Diese Politik des verzögerten Klimaschutzes ist selbstverständlich *verfahrensmäßig* legitimiert. Aber ist sie, gemessen am Selbstanspruch des repräsentativen Regierungssystems, auch *substanziell* legitim?

Immanuel Kant, der ganz sicher kein begeisterter Verfechter direkter Demokratie war, hat in seinen vernunftrechtlichen Schriften eine einfache Frage formuliert, mit der man die Rechtmäßigkeit grundlegender politischer Sachverhalte bestimmen kann: „Der Proberstein alles dessen, was über ein Volk als Gesetz beschlossen werden kann, liegt in der Frage: ob ein Volk sich selbst wohl ein solches Gesetz auferlegen könnte?“ Oder negativ formuliert: „Was ein Volk über sich selbst nicht beschließen kann, das kann der Gesetzgeber auch nicht über das Volk beschließen.“

Diese einfache Frage kann man auch auf die heutigen Verhältnisse anwenden: Greift dieses von Kant aufgeworfene Rechtfertigungsproblem nicht längst in der Frage nationalen

Klimaschutzes? Könnte die deutsche Bürgerschaft über sich beschließen, ihren Selbsterhalt, ihre ökologischen Lebensgrundlagen und die der gesamten Menschheit weiter zu gefährden, während sie die *Tatsache* der Gefährdung und ihr *Ausmaß* längst erkannt und anerkannt hat?

Ich glaube, man muss diese Frage verneinen. Andernfalls geriete das Staatsvolk in einen so außerordentlichen Widerspruch mit sich selbst, der kaum mehr auflösbar wäre. Und *weil* man diese Frage verneinen kann, sind die Ökodiktatur-Vorwürfe in Richtung Klimabewegung auch größtenteils unbegründet: Die Forderung an das politische System, unbedingt die gesteckten Klimaziele einzuhalten, ist, trotz aller formalen und verfahrensmäßigen Legitimation des Regierungshandelns, demokratischer Natur: Sie erinnert die Repräsentanten der Bürgerschaft daran, dass auch und vielleicht sogar insbesondere ein repräsentatives Regierungssystem als *vernünftige* Selbstregierung freier Menschen gelten können muss. Solange das System sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigt, ist seine Legitimität öffentlich berechtigt anzweifelbar. Nicht, um es umzustürzen, sondern letztlich, um seine Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Klimaschutz als funktionale Voraussetzung von Demokratie

Mit dieser Verteidigung der Klimabewegung gegen beliebt gewordene Vorwürfe, und damit komme ich zum zweiten Schritt, ist freilich noch nicht viel gewonnen. Das normative Argument, dass die Legitimität repräsentativer Verfahren an der Möglichkeit hängt, sie als Ausdruck vernünftigen Selbstregierens zu begreifen, kann hoffentlich ein paar Leser dieses Textes überzeugen, aber ob darüber hinaus, darf man mit guten Gründen bezweifeln.

Wenn jede einzelne Regelung in einer Volksabstimmung eine Mehrheit finden würde, könnte man sich das repräsentative System samt freiem Mandat sparen.

Zu befürchten steht nämlich, dass manche Teile des politischen Systems die idealistische Verpflichtung repräsentativen Regierens längst aufgegeben haben. So meinte etwa der Bundeskanzler kürzlich: „Wer Klimapolitik machen möchte, muss sich zutrauen, dass jede einzelne Regelung in einer Volksabstimmung eine Mehrheit fände“. Wenn jede einzelne Regelung in einer

Volksabstimmung eine Mehrheit finden würde, könnte man sich das repräsentative System samt freiem Mandat aber insgesamt sparen.

Aber davon abgesehen: wie stehen denn die Chancen, mit der Verzögerung wirksamen Klimaschutzes fortzufahren und die Aufforderungen der Klimabewegung zu ignorieren?

Dank vieler Studien können wir inzwischen ein grobes Bild zeichnen, wie eine Welt aussähe, in der das 1,5- oder 2-Grad-Ziel deutlich überschritten würde: Global gesehen hätte man mit einer Zunahme von Extremwetterereignissen zu rechnen, Fluten, Überschwemmungen, Waldbrände. Dürren und Wasserknappheiten würden deutlich häufiger auftreten, das Produktionspotential der Landwirtschaft, nach den riesigen Sprüngen im 20. Jahrhundert, wohl zum ersten Mal wieder sinken – und das bei steigender Weltbevölkerung. Gleichzeitig ginge besiedelbares und schon besiedeltes Land verloren, insbesondere in Küstenregionen, auch manche urbane Infrastruktur wäre größerem Hitze-Stress ausgesetzt. Die Veränderung und Zunahme der Verbreitung von Krankheiten ist schwer abzuschätzen, aber gut möglich, dass auch hier die Covid-19-Pandemie eher einen Anfang darstellte.

Gegen die Legitimationsprobleme, die in einer 2-4-Grad-Welt vorstellbar werden, erscheinen die heutigen Vorwürfe an das repräsentative politische System beinahe mickrig.

Wie übersetzen sich diese Veränderungen unserer Umwelt in politische Ereignisse?

Die Gesundheitskosten dürften über das eh schon demografisch bedingte Maß hinaus ansteigen, verschiedene Studien gehen von einer Verlangsamung des eh schon geringer gewordenen Wirtschaftswachstums aus, die Kosten der Versicherung und Kompensation von Extremwetterereignissen werden wohl in die Höhe schießen (Kalifornien ist etwa schon jetzt zu einem großen Teil unversicherbar), globale Konflikte um Süßwasserressourcen und urbares Land werden wahrscheinlicher, es kommt zu einer enormen Zunahme von Migrationsbewegungen, die Adaptationskosten – also die Anpassung von Dämmen, Straßen, Infrastruktur, Häusern auf die neue Umgebung – werden einen großen Posten in den öffentlichen Haushalten einnehmen.

Man muss keine Apokalypse an die Wand malen, um zu sehen, dass unter solchen Umständen auch ganz praktisch die demokratische Regierbarkeit infrage steht: Wenn Umverteilungsspielräume schmelzen, zu politischen und ökonomischen Fluchtbewegungen noch klimatisch bedingte dazukommen und die Anpassung an das erwärmte Klima mehr als nur die volkswirtschaftlichen Überschüsse frisst, dann wird unweigerlich, wie das Jonas Schaible in seinem Buch "Demokratie im Feuer" eindrucksvoll geschildert hat, auch das politische System unter enormen Stress geraten.

Es gehört viel Optimismus dazu, wenn man davon ausgeht, dass dieser Stress noch rational bearbeitbar bleiben wird. Schon jetzt hat man ja manchmal den Eindruck, dass gemeinsames Regieren eher *gerade noch* gelingt.

⊕

Gegen die Legitimationsprobleme, die in einer 2-4-Grad-Welt vorstellbar werden, erscheinen die heutigen Vorwürfe an das repräsentative politische System beinahe mickrig. Die normative Infragestellung, die der Bundesregierung und dem Parlament heute noch in Form der Klimabewegung entgegentritt, könnte, wenn nicht rechtzeitig entschieden genug gehandelt wird, deutlich kräftiger, verworrener und irrationaler zurückkehren und die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Regierungsweise nachhaltig belasten. Wer sich mit diesen späteren Legitimationsproblemen nicht auseinandersetzen will, muss eben die jetzigen in den Griff bekommen.

⊕

Autor



Oliver Weber promoviert im Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft der TU Darmstadt. Zuvor studierte er Politikwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Demokratiewissenschaft in Mannheim und Regensburg. Er publiziert regelmäßig zu aktuellen demokratietheoretischen Problemstellungen, unter anderem als Feuilletonist der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der ZEIT. Seit 2022 ist er Redakteur im Team des "Theorieblogs".





Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Seit dem Jahr 2007 setzen wir mit unseren Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Wir stiften Orientierung in politischen Debatten und bieten mit unserem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika. Wir streben eine zukunftsfähige Gesellschaft an, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
Twitter/X: [@DPZ_Berlin](https://twitter.com/DPZ_Berlin)
Instagram: [@dpz_berlin](https://www.instagram.com/dpz_berlin)



Unsere Demokratie können wir nur durch eine Demokratiep Politik erhalten, die unsere Institutionen und Prozesse klimagerecht gestaltet. Die Innocracy23 drehte sich deshalb um die größte Herausforderung der Gegenwart und Zukunft: die Bewältigung der Klimakrise. Durch welche Instrumente kann die Demokratie dazu beitragen, die Klimakrise zu bekämpfen? Wie kann unsere Demokratie inklusiver und resilienter werden und so die Transformation gerecht gestalten? Darum ging es bei der Innocracy23: um die Ausgestaltung von Demokratiep Politik in der Klimakrise. Um das Wie, Wann, Wo und Wer einer gerechten und demokratischen Transformation.

www.innocracy.org
innocracy23@progressives-zentrum.org
Social Media: [#Innocracy23](https://twitter.com/Innocracy23)



Impressum

V.i.S.d.P.:

Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e. V.
Werftstraße 3
10557 Berlin

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt

Geschäftsführung:

Dominic Schwickert & Paulina Fröhlich

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. Anke Hassel

Layout:

A Gesture Of
(Simon Schindele, Simon Steinberger)

Satz:

Aaron Remus

© Das Progressive Zentrum e. V., 2023. Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des
Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung gestattet.

Veröffentlicht im Dezember 2023
